

Antrag Nr. 24-F-63-0070

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Teilhabe von Geduldeten und Gestatteten

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.08.2024 -

Antragstext:

Geduldeten, also Personen, die sich im aufenthaltsrechtlichen Status einer Duldung befinden und Personen, die im Besitz einer sog. Gestattung sind, genießen (noch) kein festes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Geduldeten hat zuvor ein Asylverfahren durchlaufen, die andere Hälfte sind Menschen, deren Aufenthaltstitel nicht mehr verlängert wurde (z.B. ausländische Arbeitnehmende oder Studierende) oder Besucher*innen die sich nach Ablauf ihres Visums in Deutschland aufhalten. Obwohl viele Geduldete aus Gründen wie Krankheit, familiären Beziehungen, Erwerbstätigkeit/Ausbildung oder weil mit dem Herkunftsland keine diplomatischen Beziehungen bestehen (z.B. Syrien, Afghanistan) voraussichtlich auch längerfristig im Bundesgebiet verbleiben werden, begrenzt ihr Aufenthaltsstatus ihre Teilhabemöglichkeiten massiv. Ein Forschungsteam bestehend aus Wissenschaftler*innen der Hochschule Fulda, der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie der Hochschule Düsseldorf hat im Rahmen eines dreijährigen Kooperationsprojektes die Teilhabechancen von jungen Geduldeten in drei Bundesländern, darunter Hessen, erforscht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Geduldete in multipler Prekarität, Isolation und Armut leben und der Umgang mit dieser Gruppe sowohl in staatlichen als auch staatlich finanzierten Institutionen viele Ressourcen bindet. Die Autor*innen kommen zu dem Schluss, dass Geduldete, z.T. trotz jahrelangem (Vor-) Aufenthalt in Deutschland, selten Zielgruppe integrationspolitischer Maßnahmen sind. Das Forschungsteam sieht vor allem die Kommunen am Zug, diese Personen durch Einrichtung von Rechts- und Sozialberatung, Clearingstellen und Runden Tischen dabei zu unterstützen, ihre Teilhabechancen zu verbessern und Hürden, etwa bei der Integration in den Arbeitsmarkt, abzubauen.

Gestattete befinden sich für die Dauer ihres Asylverfahrens in einem vergleichbaren aufenthaltsrechtlichen Schwebezustand und sind ebenfalls von staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration oder Qualifizierung ausgenommen. In Hessen dauerte das Asylverfahren im vergangenen Jahr im Schnitt 31,5 Monate. In dieser Zeit haben Gestattete nur erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, Sprachkursen, weiterführenden Bildungsangeboten oder Beratungsstrukturen. Der vorübergehende Aufenthaltsstatus erschwert zudem häufig die Anmietung von Wohnungen, Fortführung bereits begonnener Qualifikationsmaßnahmen und erschwert damit die Integration.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

*Eine*n Vertreter*in des Forschungsprojektes "Teilhabe trotz Duldung?! Kommunale Gestaltungsräume für geduldete Jugendliche und junge Erwachsene" in den Ausschuss am 11. September 2024 einzuladen, um zu den Teilhabechancen- und Hürden von Geduldeten in Hessen zu referieren.*

Antrag Nr. 24-F-63-0070
Grüne, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 21.08.2024

Lorenz Jarrass
Fachsprecher, B90/Grüne

Michaela Apel
Fachsprecherin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt